



22. März 2019

Besoldungsanpassung 2019 – 2021: Landesregierung hält 1:1 Versprechen

Wie bereits angekündigt, überträgt die Landesregierung den Abschluss der Tarifverhandlungen ohne Abstriche auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Besoldung und Versorgung wachsen bis zum 1.1.2021 um fast 8 %

Die Besoldungs- und Versorgungsbezüge werden in drei Schritten angepasst. Zum 1.1.2019 und 1.1.2020 um jeweils 3,2 % und zum 1.1.2021 um nochmal 1,4 %. Aufgrund des Zinseszinseseffektes ergibt sich so eine Steigerung der Besoldung um ordentliche 7,99 %. Im Einstiegsamt bedeutet das für Polizistinnen und Polizisten ab 2021 mindestens 207 Euro mehr Grundgehalt im Monat. Auch die Anwärter können sich freuen: Ihre Bezüge steigen zum 1.1.2019 und 1.1.2020 jeweils um 50 Euro und sie erhalten einen zusätzlichen Urlaubstag.

Neue Tabellenwerte ab 2019*

Erfahrungs- stufe	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 9	2.678,56	2.745,10	2.853,36	2.961,62	3.069,90	3.178,17	3.252,56	3.327,04	3.401,46	3.475,87	
A 10	2.870,24	2.962,72	3.101,41	3.240,15	3.378,85	3.517,58	3.610,05	3.702,97	3.797,55	3.892,16	
A 11		3.264,68	3.402,69	3.540,72	3.678,76	3.819,86	3.913,96	4.008,10	4.103,52	4.199,53	4.295,57
A 12			3.654,32	3.822,00	3.990,35	4.161,08	4.275,55	4.390,02	4.504,53	4.619,02	4.733,45
A 13				4.265,29	4.450,68	4.636,09	4.759,71	4.883,31	5.006,94	5.130,57	5.254,18
A 14				4.528,94	4.769,39	5.009,81	5.170,11	5.330,40	5.490,71	5.651,00	5.811,32
A 15					5.232,20	5.496,55	5.708,01	5.919,51	6.131,02	6.342,51	6.553,99
A 16					5.765,61	6.071,31	6.315,93	6.560,53	6.805,10	7.049,72	7.294,30

*Vorläufige Berechnungen der GdP

Bis zur Verabschiedung des Besoldungsanpassungsgesetzes kommen Abschlagszahlungen

Bis zur Verabschiedung des Besoldungsanpassungsgesetzes werden noch einige Wochen vergehen. Das Finanzministerium hat aber bereits angekündigt, dass zeitnah Abschlagszahlungen im Vorgriff auf die kommende Besoldungsanpassung erfolgen.

Arbeitszeit und Belastung im Schichtdienst werden Thema

Die Landesregierung hat sich gegenüber den Gewerkschaften verpflichtet, das Thema Arbeitszeit und Belastung im Schichtdienst auf die Tagesordnung zu setzen. Hier kommt es darauf an, was die Landesregierung jetzt daraus macht. Aus Sicht der GdP müssen schnell weitere Schritte folgen. Dazu gehören die längst überfällige Einführung von Langzeitkonten, sowie eine spürbare Reduzierung der Belastung im Schichtdienst.